

Berliner Tageblatt



Nr. 596

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Das Urteil im Düsseldorf-Prozess.

Regierungspräsident Gröner in contumaciam zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Schwere Gefängnisstrafen.

Einige Freisprechungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Düsseldorf, 27. Dezember.

Das Urteil ist soeben gesprochen worden. Eine große Anzahl der Unterbeamten ist freigesprochen worden, von den Offizieren Hauptmann Vahlad, Major Engel und Oberleutnant Voigt. Regierungspräsident Gröner wurde wegen Mittäterschaft nach Nord zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Hauptmann Bodenstein zu 10 Jahren Zwangsarbeit, Polizeioberinspektor Köffner zu zwei Jahren Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe wegen Totschlages.

Hauptmann Pfeiffer zu sechs Monaten Gefängnis, Oberleutnant Vohl zu fünf Jahren Zuchthaus, Oberleutnant Sübener fünf Jahre Gefängnis, Polizeioberinspektor Siedler 18 Monate Gefängnis wegen Mißhandlungen, Oberleutnant Winkelmann 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Polizeioberinspektor Esser in contumaciam zu 3 Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, Wachmeister Geberts 1 Jahr Gefängnis, der Arzt König 3 Monate Gefängnis, Wachmeister Kühnel 18 Monate Gefängnis wegen Totschlages, Wachmeister Schaback 3 Jahre Gefängnis. Acht Mann der Schuld wurden freigesprochen. Schönemann und Hartmann erhielten drei Jahre Gefängnis.

Im Gerichtssaal herrschte nach dem Urteil die größte Stille. Von diesem Standpunkt kann das Urteil nur als unerträglich bezeichnet werden. (Siehe auch Seite 3.)

Deutsche Nationalerziehung.

Eine Weihnachtsbetrachtung.

Von Hans Delbrück.

Einige Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges erschien in der „Christlichen Welt“ ein Gebet, das gipfelte in der erschütternden Bitte: „Herr, gib uns Not!“ Die ernsthaftesten Menschen glaubten in dem moralischen Zustand des deutschen Volkes so viel Fäulnis zu beobachten, einen solchen Zug zum Nihilismus und zur Genußsucht, hier zur Ueberhebung, dort geistigen Verengung zu erblicken, daß sie die schmerzliche Prüfung der Not als Heilmittel anzurufen sich genötigt fühlten. Der deutsche Staat war zwar gesund und kräftig und höchst erfolgreich vorwärtstrebend, aber eben in seiner Kraft hatte er nach einem treffenden Wort von Anton Erkelenz eine starke Festigkeit erlangt, die mechanisierend wirkte: die Seele wurde überwuchert durch die Maschine. Man kann es auch so ausdrücken: daß das Menschengemut erdrückt wurde durch die Fachmenschheit. Jeder Deutsche war entweder Beamter, oder Soldat, oder Gelehrter, oder Kaufmann, oder Industrieller, oder Arbeiter, oder ionische Stabes- oder Klassenangehöriger. Die Fachmenschheit leitete Ungehöriges an allen Gebieten, und doch sind wir an den Fachmenschlichen zugrunde gegangen. Denn alles Vereinselt ist verderblich, hat Goethe gesagt. Daß der Reichsanzler und mit ihm ein wesentlicher Teil der öffentlichen Meinung glaubte, sich in allem Militärischen dem Urteil des Generalstabes fügen zu müssen, hat uns in den Abgrund gerissen.

Alles unter Denken muß jetzt darauf gerichtet sein, wie wir, nachdem die Not über uns gekommen ist und das Aile zerfällt hat, auf dem freien Willen seiner Bürger ein neues deutsches Staatswesen aufbauen. Ich spreche nicht von der Staatsform, die sich aus den inneren Kämpfen, in denen wir ihn und her getrieben werden, praktisch entwickeln muß. Ich frage nach dem Geist des zukünftigen Deutschland. Schon mancher hat es wohl unternommen, eine Antwort auf diese Frage zu geben. Das Buch, das mich in diesem Augenblick beschäftigt, ist „Deutsche Nationalerziehung“ von Ferdinand Jakob Schmidt. (Verlag Otto Giesner.) Was ist das Ziel, was ist das Wesen der Nationalerziehung, die uns jetzt als Aufgabe gestellt ist? Im Jahre 1912 erschien das kleine Buch von Paul Kohrbach „Der deutsche Gedanke in der Welt“ und wurde außerordentlich viel gelesen. Die „Christliche Welt“ aber stellte die Frage: Was ist denn nun der deutsche Gedanke? Daß das deutsche Volk ein eigentümliches nationales Wesen ist, wissen, sehen und fühlen wir alle, aber wie ist dieses Wesen in Worte, wie ist es begrifflich zu fassen? Was ist denn nun der Unterschied des deutschen Wesens von anderen Nationen? Eine theoretische Antwort auf diese Frage gibt Kohrbach in seinem Buche nicht. Schmidt in seiner „Deutschen Nationalerziehung“ will sie geben. Die beiden Gelehrten scheinen sehr geeignet, sich zu ergänzen. Beide haben dieselbe Grundlage einer umfassenden und tiefen historischen Bildung, gekult an den Werken des Altmeisters Leopold Ranke. In ihrem Wesen und in ihrer Arbeitsmethode sind sie durchaus entgegengesetzt. Kohrbach ist der Weltfreund, ebenso sehr Nationalist und Geograph wie Theologe. Er sieht die Dinge anschaulich und positiv und ist allem Theoretischen abhold. Schmidt, Professor der Pädagogik an der Berliner Universität, ist durchaus Theoretiker und Philosoph, tief bohrend, dialektisch, aber häufig sich im Abstrakten verlierend; es ist oft nicht leicht, ihm zu folgen. Er ist seinem Wesen und Streben, seinem Denken und seinem Rathos nach ein Jünger Nietzsches.

Die deutsche Bildung steht ihm in tiefem Gegensatz zu der Bildung der westlichen Nationen, an deren Stelle zunächst nicht ganz konsequent die romanischen Nationen treten. Er unterschätzt die westliche Kultur natürlich nicht; sie steht ihm sogar sehr hoch. Auch nicht der leiseste Schimmer von Nationalismus oder Chauvinismus ist bei ihm zu entdecken, aber so wie es eine historische Tatsache ist, daß das deutsche Volk die Reformation hervorgerufen hat, so ist es ihm eine Tatsache, daß auf diesem Boden in der großen Epoche von Kant und Schiller bis zu Hegel der deutsche Idealismus eine besondere und tiefere Geistesart hervorgerufen hat als das westliche allgemeine Humanitätsideal, das nach einem melancholischen Worte Plaubers keine Schöpferkraft eingebüßt hat. Dostojewski hat einmal gesagt, das deutsche Volk habe sein Wort noch nicht gesprochen. Es ist schwer zu begreifen, das gerade Dostojewski, der doch etwas von Deutschland wußte und gelernt hatte, in ein solches Verneinen verfallen konnte. Freilich gibt nun auch Schmidt zu, daß das deutsche Volk in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von seinem eigenen Nationalideal abgefallen ist, aber seine Forderung, seine Hoffnung und sein Glaube ist, daß wir es wieder erneuern und darin unsere Einheit finden werden. Gerade die Einheit ist ihm nicht nur eine wünschenswerte Begleiterscheinung, sondern ein Wesensmoment der spezifisch deutschen Weltanschauung, die sich eben nicht in Individuen erschöpft, sondern nur im nationalen Ganzen in die Erscheinung treten kann. Zu dieser Einheit gehört auch die Ueberwindung des Gegensatzes der Gebildeten und Ungebildeten, der unfer Volk so gefährlich zerpalte, und dessen Ueberwindung Schmidt nicht, wie selbstverständlich, in einer Gleichheit oder Gleichartigkeit des Wissens, was Verflachung zur Folge haben würde, sondern in der gleichen Willensbildung sucht. Pädagogisch ist die Wissensbildung nur ein Mittel für die Willensbildung.

Die englische „Fortnightly Review“ bringt soeben einen Artikel, der die Frage aufwirft, ob die Deutschen überhaupt in dem Sinne wie die Franzosen oder Engländer eine Nation seien. Die Frage wird verneint, denn die Deutschen seien dazu zu konfessionell, rassenhaft, landschaftlich, ständisch viel zu

Vor der Antwort auf das Memorandum.

„Unveränderte Grundlage

der französischen Politik.“

Verhandlungen über einen Modus vivendi nicht aussichtslos.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 27. Dezember.

Das deutsche Memorandum ist dem General Legation und dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission Tirard überandt worden, deren Berichte heute oder morgen erwartet werden. Die französischen Zeitungen glauben, daß die Antwort in dieser Woche fertig sein könne, aber eine offizielle Mitteilung über die Absicht der Regierung ist noch nicht erfolgt. Es wird von einigen Zeitungen erklärt, daß in der Organisation der besetzten Gebiete Erleichterungen möglich seien, daß aber der Versuch der Wiedereingliederung, der Autorität in Rheinland und an der Ruhr wiederherzustellen, erfolglos bleiben müsse. Diese Meinungen finden sich im „Echo de Paris“ und im „Journal“, also in Zeitungen, die gegen jedes Zugeständnis sind. Die Regierung selbst lehnt jede Forderung ab, da eine Polsum in der Presse vermeiden werden soll. Bei den englischen und amerikanischen Mitgliedern der Reparationskommission hat die Rede, die Poincaré am Freitag in der Kammer hielt, Ueberrschung erzeugt. Die Engländer glauben, daß der französische Ministerpräsident durch die Zustimmung zur Beratung der Sachverständigenkomitees eine Revision seiner Reparationspolitik angeht und sie waren der Meinung, daß die Antwort Frankreich auf das deutsche Memorandum ein weiterer Fortschritt auf dem Wege zur Verständigung sein würde. Auf französischer Seite wird erklärt, daß die Grundlage der französischen Politik unverändert bleibe, daß aber Verhandlungen über einen Modus vivendi nicht aussichtslos seien, wenn Deutschland nichts Unmögliches verlange. Vor allen Kombinationen der Zeitungen wird gemerkt, da die Regierung weder über den Inhalt des deutschen Memorandums, noch über ihre eigene Auffassung etwas sagen werde, ehe die Zeit dafür gekommen sei.

Inzwischen fällt der Frau weiter. Die letzten Reparationen betragen 86,75 Francs für das englische Pfund und 20 Francs für den Dollar. Der Finanzminister erklärte gestern im Senat, daß diese Entscheidung unveränderlich sei; die wirtschaftliche und die finanzielle Situation Frankreichs müsse den Franc in die Höhe treiben. Die Oppositionspresse erwidert, unbegrifflich sei nur der Optimismus des Ministers. Das beständige Sinken des Franc zeige, daß sich eine „Coalition des Misstrauens“ gegen Frankreich in der Welt gebildet habe. (Ere Nouvelle).

London, 27. Dezember.

Aus dem deutschen Memorandum hebt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ zwei Punkte als besonders wichtig hervor. 1. Daß die deutsche Regierung auf unmittelbaren Verhandlungen zwischen Paris und Berlin an Stelle der Verhandlungen mit den örtlichen Vertretern des besetzten Gebietes bestche. 2. Daß Deutschland den Gedanken eines föderalistischen Rheinlandes nicht angenommen habe. Ruch den „Daily News“ hat das Memorandum mehr den Zweck, die Grundlage für ein günstigeres Verhältnis zu legen, als es schon wirklich zu eröffnen. Das Ziel werde sich darauf richten, eine Regelung der Beziehungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland zu finden. Es sei unwahrscheinlich, daß die englische Regierung, obwohl ihr das Memorandum mitgeteilt sei, einen unmittelbaren Einfluß auf die Verhandlungen ausüben werde. Denn England habe zwar eine Regierung, die im Interesse sei, aber sie könne keine Gewalt ausüben, eine Tatsache, die im Ausland wohl verstanden werde. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ zerlegt diese Verhandlungen in zwei Stappen und betont, daß England nur im zweiten Teile Einfluß ausüben könne. Zunächst, freilich das Blatt, werden jezt Deutschland und Frankreich eine Vereinbarung treffen, durch welche die wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebietes und des Rheinlandes in französische Hände übergehe. Diese Vereinbarung werde trotz aller Widerprüche

und Gegenwärtige über kurz oder lang zustandekommen. Daß der Politik Baldwin's und Lord Curzon's werde England hierbei nichts zu sagen haben. Wenn dann die französischen Industriellen und Generale ihr Ziel erreicht hätten, dann begänne der zweite Teil der Verhandlungen. Dann werde Frankreich „im früheren Besitz seiner Pfänder sein und sich zu einer Regelung der Reparationsfrage bereit erklären“. Der Gedanke einer internationalen Anleihe für Deutschland werde aktuell werden und dann sei der Augenblick gekommen, in dem Deutschland und besonders die Arbeiterpartei ein Wort mitzusprechen haben werde. Dann müßten die Franzosen darüber nachdenken, daß die wohnende Stabilisierung Deutschlands nicht zur Stabilisierung der Fiktur der Bourgeoisie, Verhärtung des Einflusses des Kapitalismus und zur Degradierung des deutschen Arbeiters ausgenutzt werden. Die Arbeiterpartei habe dann dafür zu sorgen, daß die Hilfe, die man Deutschland reich, nicht vor die Hände gegen die deutschen Arbeiter werde, wofern der Fall Osterreich's ein warnendes Beispiel bietet. Glücklicherweise, schließt der Artikel, sei die Arbeiterpartei dann imstande, einen wirtschaftlichen Einfluß auszuüben und der Welt den Beweis der Solidarität der Arbeiterpartei zu erbringen.

Die Zusammenfassung der Sachverständigenkomitees.

Endgültige Wahl durch die Reparationskommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. Dezember.

Die Reparationskommission hat gestern nachmittag die beiden Sachverständigenkomitees endgültig gewählt. Nach offiziellen Mitteilungen der Reparationskommission setzt sich der erste Sachverständigenausschuß, der die Währungs- und Budgetfragen zu behandeln hat, wie folgt zusammen: Großbritannien: Sir Robert Kindersley, Direktor der Bank von England, und Sir Josiah Charles Stamp, Sekretär der Nobel-Gesellschaft; Frankreich: Parmentier, Verwaltungsrat des Credit Foncier von Frankreich, und Professor Allig von der Rechtsfakultät in Paris; Italien: Industrieller Dr. Alberto Birelli und Professor Flora, Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Bologna; Belgien: Baron Maurice Doutart, Mitglied der Kammer, und Bankier Emile Francqui, Staatsminister und Vizegouverneur der Societe Generale; Amerika: Dawes von der Central Trust Company, Chicago, und Owen Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Electric Company.

Der Ausschuß für die Kapitalflucht setzt sich folgendermaßen zusammen: Großbritannien: Reginald Mackenna, ehemaliger Schatzkanzler; Frankreich: Laurent Mathalin, Direktor der Banque de Paris et des Pays Bas; Italien: Dr. Alberti, Vizebürgermeister des Rebito Italiano; Berlin: Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank; Amerika: Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles.

Die meisten französischen Zeitungen bemühen sich, den Sachverständigen klar zu machen, daß ihre Arbeit umsonst bleiben werde. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei nicht zu retten, ehe nicht Deutschland in die Lage gebracht werde, einen großen Auslandskredit zu erhalten. Diese Blätter, zu denen auch der „Temps“ gehört, halten die jetzige Auffrischung der Stimmung im Reich durch die Hoffnung auf die Rentenmark für vorübergehend.

Der erste Ausschuß, der sich mit den Währungs- und Budgetfragen beschäftigt, wird am 14. Januar zusammentreten, der zweite Ausschuß, der sich mit den Fragen der Kapitalflucht beschäftigt, beginnt seine Arbeit am 21. Januar. Nach einer Uebung des „New York Herald“ aus Washington wird Dawes vor seiner Abreise nach Paris zur Teilnahme an den Arbeiten des Sachverständigenausschusses für die deutschen Budget- und Währungsfragen heute eine Unterredung mit dem Präsidenten Coolidge haben.